

# Myanmar nach dem Putsch



## Rechnung ohne das Volk

### Editorial

Aus Myanmar (Birma) hat die taz Panter Stiftung seit 2013 45 Journalist:innen zu Workshops nach Berlin eingeladen. Das Ziel war stets, sie bei der Öffnung des lange verschlossenen und sanktionierten Landes zu unterstützen, ihr Selbstbewusstsein zu fördern und am Beispiel der taz und anderer zu ermuntern, kreativ nach Wegen eines kritischen Journalismus wie seiner Finanzierung zu suchen. Daraus entstanden Freundschaften und ein Pool an Kontakten. Jetzt berichten unsere Kolleg:innen mutig über die Repression des Militärs.

Der Putsch vom 1. Februar bedroht errungene Freiheiten und Fortschritte. Das Militär will die Zeit zurückdrehen. Trotz vieler Enttäuschungen der letzten Jahre kämpft Myanmars Zivilgesellschaft in großer Zahl über Generationen, Schichten, Ethnien und Religionen hin-

weg für eine nicht von Generälen bestimmte Zukunft. Diese Beilage haben unsere Kolleg:innen in Myanmar für die taz geschrieben. Innerhalb von zwei Tagen haben sie zugesagt, weitere zwei Tage später lagen erste Texte vor, einer wurde noch aus einem nächtlichen Versteck kurz vor Unterbrechung des Internets geschickt. Wir sind dankbar und beeindruckt.

Die Workshops wurden dankenswerterweise von Leser:innen und Genoss:innen der taz und Förder:innen der Panter Stiftung sowie vom Auswärtigen Amt finanziert. Doch hofierte die Bundesregierung im Jahr 2017 auch Myanmars Armeechef, den jetzigen Putschführer Min Aung Hlaing, in Deutschland. Es muss deshalb auch hierzulande dringend über Außenpolitik berichtet und debattiert werden. *Sven Hansen*



Aufforderung zum Widerstand bei einem Protest vor Chinas Botschaft in Yangon am 12. Februar Foto: reuters

Myanmars Militärführung hat bei ihrem Staatsstreich offenbar überhaupt nicht mit einem so breiten Widerstand der Bevölkerung gerechnet und sich so in ein Dilemma manövriert

Von **Thet Zin**

Nur wenige Tage nachdem das Militär Präsident Win Myint und die faktische Regierungschefin Aung San Suu Kyi festgesetzt hat, begannen junge Menschen in Myanmar gegen den Militärputsch zu protestieren, darunter auch viele Angehörige der ethnischen Minderheiten. Die protestierende Jugend nennt sich „Generation Z“ und fordert Beamte und Staatsangestellte auf, sich an der „Bewegung des Zivilen Ungehorsams“ (CDM) zu beteiligen.

Und tatsächlich: Zuerst schlossen sich Ärzte und Krankenschwestern CDM an. Inzwischen sind Mitarbeiter:innen der Ministerien ebenso dabei wie die der Staatsmedien, des Transportwesens und der Elektrizitätswerke. Die Armee ver-

**Festnahmen haben die Protestbewegung bisher nicht schwächen können**

suchte zunächst streikende Angestellte durch Militärangestellte zu ersetzen. Doch war das erfolglos, denn dafür nahmen einfach zu viele an der CDM-Bewegung teil. Also begann die Militärregierung, Protestierende zu bedrohen und zu verhaften. Auch das half nicht. Inzwischen stellen sich viele Bürger:innen hinter die „Generation Z“ und fordern: „Weg mit der Diktatur, weg mit der Verfassung von 2008, her mit einem föderalen Bundesstaat“.

Das Bemerkenswerte: Obwohl junge Leute der „Generation Z“ die Protestbewegung anführen, haben sich bislang keine Organisationen oder Persönlichkeiten an die Spitze der Bewegung gesetzt. Das Militär kann deshalb keine Anführer ins Gefängnis werfen und so die Bewegung schwächen. Obwohl die Militärs Studentenfürher, hohe Funktionäre der bisherigen Regierungspartei NLD und einige bekannte Aktivisten einsperrten und Razzien in NLD-Büros durchführte, hat dies die Proteste nicht geschwächt, sondern in vielen Regionen sogar noch gestärkt.

Der Plan der Armee ist es, die Unterstützer der NLD zu spalten und deren Führerin Aung San Suu Kyi aus der Politik zu drängen. Denn das Militär will die Politik des Landes wieder allein bestimmen – mithilfe der Verfassung von 2008, die ihm einen starken Einfluss sichert. Sie gibt dem Militär 25 Prozent der Sitze in beiden Kammern des Parlaments und die Hoheit über die drei Sicherheits-Ministerien Verteidigung, Inneres und Grenzkontrolle.

Um Staatspräsident zu werden, benötigt ein Kandidat laut Verfassung mehr als 50 Prozent der Stimmen der Abgeordneten. Die militärnahe Partei USPD hatte damit gerechnet, bei den Wahlen 26 Prozent der Sitze zu bekommen, was zusammen mit dem 25-prozentigen Anteil der Armee die Mehrheit bedeutete hätte, um den Staatschef stellen zu können.

Der Armeechef Min Aung Hlaing wollte Präsident werden und nicht im Juli mit 65 in Rente gehen. Doch die Wahlen machten ihm einen Strich durch die Rechnung. Deshalb putschte er. Doch gibt es innerhalb der Armee unterschiedliche Interessen. Die Verfassung sichert den Generälen beträchtliche Einnahmen, da die Firmen des Militärs die Rohstoffe des Landes kontrollieren. Bald könnte es unter den Generälen Konflikte geben, wenn sie um ihre Geschäfte und die Sicherheit ihrer Familien fürchten müssen. Denn Sanktionen der internationalen Gemeinschaft könnten ihre Deals und Profite schmälern. Auch könnten ihre Kinder ihre Studienplätze im westlichen Ausland verlieren. Über die Korruption von Min Aung Hlaing und seiner Familie und ihr Geschäftsimperium dürften es heiße Debatten unter den Generälen geben.

Putschführer Min Aung Hlaing hat sich verrechnet und seinen Coup nicht gut geplant. Er hat die Macht der sozialen Medien unterschätzt, mit deren Hilfe die jungen Leute kommunizieren. Und er hat die Fähigkeiten der „Generation Z“ nicht einkalkuliert. Wird das Militär die Proteste blutig niederschlagen? Oder vielleicht doch mit Aung San Suu Kyi und ihrer NLD verhandeln? Das dürfte auch davon abhängen, wie entschlossen und vereint die Bevölkerung weiterhin für echte Demokratie kämpft.

## Der Widerstand des Ungehorsams

Viele Beamte und Staatsangestellte wehren sich mit einer Kampagne des zivilen Ungehorsams gegen die Herrschaft des Militärs. Das erfordert Mut und Opferbereitschaft

Von **Nyein Ei Ei Htwe**

Drei Tage nach dem Putsch begann eine Bewegung des zivilen Ungehorsams, benannt nach ihren englischen Initialen CDM (Civil Disobedience Movement). Zuerst streikten Ärzt:innen und Pfleger:innen staatlicher Krankenhäuser, danach folgte Lehrpersonal an Schulen und Universitäten. Inzwischen haben sich Zehntausende in Ministerien, Behörden und Staatsbetrieben angeschlossen. Sollte die Arbeit länger ruhen, schwächt dies die Militärregierung. Sich politischen Streiks anzuschließen, ist für viele aber nicht einfach, wenn Vorgesetzte Druck ausüben und mancherorts das Militär Listen der Arbeitsverweigerer aushändigen lässt, um sie festzunehmen oder zu bedrohen.

Die Ingenieurin Mai Suitaraw hat sich am 7. Februar dem zivilen Ungehorsam in der Abteilung Ländliche Entwicklung im Landwirtschaftsministerium im Chin-Staat angeschlossen. Sie fordert Kolleg:innen zum Mitmachen auf. „Ich habe mich damit abgefunden, dass ich bald feuert und dann auf einer schwarzen Liste stehen werde“, sagt sie. „Freunde von mir wollten auch mitmachen. Aber Familienangehörige halten sie ab. Die haben Angst, weil sie gefoltert wurden, als sie früher selbst gegen das Militär protestiert hatten.“

Sie schätzt, dass die CDM-Bewegung zur Hälfte aus Mitarbeiter:innen von Behörden und Ministerien besteht. Doch nicht alle Streikenden beteiligten sich aktiv an Protesten. „Wir lehnen die Herrschaft der Generäle ab und wollen nicht für ihre Regierung arbeiten“, sagt sie. „Manche Kol-

legen sind dringend auf ihr Gehalt angewiesen und müssen schon Geld bei Freunden leihen.“ Sie sucht deshalb Spender unter Landsleuten im Ausland, damit mehr mitmachen können.

Eine Studierendengruppe hat bis Ende letzter Woche 3 Millionen Kyat (1.735 Euro) gesammelt, um Streikende im Bildungssektor zu unterstützen, berichtet Thet Phone Shein Toe. Er hat die Gruppe mitgegründet, die in fünf Großstädten aktiv ist. „Aber wir sind verwundbar, wenn die Militärs wieder das Internet oder Facebook sperren“, sagt er. Seine Gruppe will ein Kuriersystem aufbauen, bei dem es wie früher und trotz Covid-19 persönliche Treffen gibt. „Ein anderes Problem ist der große Druck“, sagt er. „Einige haben zunächst mitgemacht, dann aber dem Druck nachgegeben und sind an ihre Arbeit zurückgekehrt.“ Einige Ämter und Ministerien zahlten jetzt einen Bonus für Anwesenheit.

Ältere Staatsangestellte fürchten bei Beteiligung an der CDM-Bewegung ihre Pension zu verlieren. Die 50-jährige Myat Thu, die in einem Ministerium arbeitet, sagt, sie arbeite weiter, weil ihre Familie dringend ihr Gehalt brauche, nach dem das kleine Geschäft ihrer Familie in der Pandemie pleite ging. „Mein Mann und meine Tochter sind arbeitslos. Ich bin jetzt die Einzige unserer Familie mit einem Job. Deshalb kann ich die Arbeit schlecht boykottieren. Doch werde ich jetzt auch noch angefeindet“, sagt Myat Thu. „Ich weiß nicht, was ich noch machen soll.“

Die größte Beteiligung gibt es im Gesundheits- und Bildungsbereich, während nur wenige aus Behörden mitmachen. Der Arzt Nyi Zaw vom Allgemeinen Krankenhaus Nord-Okkalapa in Yangon fordert seit dem 3. Februar Mediziner auf, sich dem zivilen Ungehorsam anzuschließen. „Wir wollen nicht für das verhasste Militär arbeiten. Unsere Schwestern wurden schon beschimpft und aus dem Schwesternheim geworfen. Doch jetzt protestiert auch der Abteilungsleiter und der Druck ist geringer“, sagt der Arzt. „Mir tun die Patienten leid, aber um die Generäle zu stoppen, müssen wir streiken.“ Inzwischen gibt es auch bei Banken CDM-Aktionen. Sie müssen dort aus Sorge um das Bargeld gut vorbereitet sein.

# Alte Tricks reloaded

Das Militär biegt sich seine Verfassung zurecht und schafft einen Vorwand, um Aung San Suu Kyi und ihre NLD von Wahlen ausschließen zu können

Von MB

„Möglicher Wahlbetrug!“ Und: „Millionenfache Fehler auf den Wählerlisten!“ Mit diesen Vorwürfen nach den Parlamentswahlen vom 8. November 2020 haben die Militärs jetzt ihren Putsch begründet. Sie behaupten, auf den Listen seien dieselben Namen mehrfach aufgetaucht. Auch die Nummern von Identitätskarten der Wähler hätten sich wiederholt. Für diese Behauptung lieferte die Armee allerdings keine Beweise. Die Wahlkommission wies die Vorwürfe denn auch zurück.

Myanmars Wahlsystem ist nicht perfekt, aber es ist in der Lage, Betrug in größerem Stil zu verhindern. Am Wahltag haben Tausende von Schullehrer:innen in den Wahllokalen die Stimmabgabe kontrolliert. Um bei den Wahlen zu betrügen, hätte eine Person von einem Wahlkreis zum anderen fahren müssen, obwohl die Regierung die Bewegungsfreiheit eingeschränkt hatte. Auch hätte ein Betrüger die nicht abwaschbare Markierungstinte vom Finger abbekommen und dann auch noch die Kontrollen der Mitarbeiter:innen in den Wahllokalen umgehen müssen.

Allerdings: Die regierende Nationale Liga für Demokratie (NLD) genoss während des Wahlkampfes gegenüber den anderen Parteien ihren Amtsbonus. Unter dem Deckmantel individueller Spender umging sie auch Regeln zur Wahlkampffinanzierung. Und NLD-Kandidaten nutzten die Gelegenheit, um sich bei Covid-Hilfsprogrammen der Regierung als Helfer zu insze-

nieren, was ihnen in der Öffentlichkeit zugutekam.

Eine weitere unangenehme Wahrheit: Die offizielle Wahlkommission (UEC) stand der NLD nahe und verletzte einige demokratische Regeln: So blockierte sie etwa zunächst eine Gruppe von Wahlbeobachtern, um sie dann doch zuzulassen – zu spät, um eine umfangreiche Überwachung sicherzustellen.

Doch begründete das Militär seinen Putsch mit dem schwammig formulierten Paragraphen 417 der Verfassung. Der erlaubt dem Oberbefehlshaber, die volle politische Kontrolle zu übernehmen, wenn die Union oder die nationale Solidarität „zerfallen“ oder wenn Myanmar wegen „Versuchen, die Souveränität des Staates durch Aufruhr, Gewalt oder andere falsche Gewaltmethoden“ zu übernehmen, gefährdet sei. Diese Machtübernahme durch den Armeechef muss allerdings der Präsident anordnen.

Das führt zu der Frage, ob der Putsch, wie von der Armee behauptet, verfassungsmäßig war. Denn unmittelbar bevor die Armee den Notstand ausrief, setzte sie die Staatsrätin und faktische Regierungschefin

**Erst durch illegale Festnahmen konnte der Putsch als verfassungsgemäß verklärt werden**



Aung San Suu Kyi, den Präsidenten Win Myint und den Vizepräsidenten Henry Van Thio fest. Das verhinderte, dass die drei NLD-Politiker:innen ihre Ämter ausüben konnten. Erst so wurde der vom Militär ernannte Vizepräsident Myint Shwe zum amtierenden Staatschef. Er übertrug dann flugs die absolute Macht an Oberbefehlshaber Min Aung Hlaing.

Bald erklärte Juntachef Min Aung Hlaing dann öffentlich, die Untersuchung der Wählerlisten habe begonnen und die Verantwortlichen für den Wahlbetrug würden bestraft. Eine unabhängige Untersuchung scheint dabei nicht vorgesehen zu sein. Es sieht ganz so aus, als ob das Militär nun nachträglich Beweise herbeischaffen will, um seine Vorwürfe zu rechtfertigen – ein Szenario, das in autoritären Staaten üblich ist, wo Diktatoren politische Gegner unterdrücken.

Viele bezweifeln, dass die sogenannte Untersuchung der Wählerlisten fair und objektiv sein wird. Manche Experten vermuten gar, die Militärs werden neue Anschuldigungen produzieren, um Aung San Suu Kyi und Win Myint vor Gericht anklagen zu können. So wird Aung San Suu Kyi schon jetzt vorgeworfen, illegal Funkgeräte importiert zu haben. Und Präsident Win Myint verstieß angeblich gegen Coronaregeln.

General Min Aung Hlaing versprach inzwischen Wahlen nach einem einjährigen Notstand und dass er selbstverständlich die Macht an die Siegerpartei abtreten werde. Wenig überraschend können die angeblichen Straftaten von Aung San Suu Kyi und Win Myint mit Haftstrafen von bis zu drei Jahren geahndet werden. Das heißt: Sie werden von Richtern unter der Aufsicht von Min Aung Hlaing verurteilt, da er die Gewaltenteilung aufgehoben hat. Dann dür-

fen die beiden als Vorbestrafte bei den kommenden Wahlen nicht antreten.

Nicht minder beunruhigend sind die Razzien in NLD-Büros, bei denen Polizisten interne Dokumente und Festplatten beschlagnahmten. Obwohl es dafür noch etwas früh ist, könnte man zu dem Schluss kommen, dass die NLD ganz von den Wahlen ausgeschlossen werden soll.

Für die NLD wiederholen sich damit zwei Ereignisse aus dunkler Vergangenheit: 1990 wurde ihr Wahlsieg vom Militär für null und nichtig erklärt. Und bei der Wahl von 2010 musste sie ohne ihre Führung antreten, die noch im Gefängnis oder im Hausarrest saß.

Die Militärs zeigen wieder einmal, dass jeder zivile Politiker, der oder die in ein Amt gewählt wird, die Vormacht der Armee als angebliche Hüterin der Verfassung von 2008 akzeptieren muss – einer Verfassung, die auf undemokratische Weise entstanden ist.

# Generalsuniform funktioniert wie ein Geldautomat

Das Militär ist über seine Holdinggesellschaften ein einflussreicher Player in der Wirtschaft des Landes

Von Grace Kyaw

Seit dem Putsch boykottieren viele Birmesen Firmen des Militärs. Zugleich fordern sie das Ausland auf, keine Geschäfte mehr mit dem Militär und seinen Firmen zu machen. Denn viele vermuten, dass der Putschführer, Min Aung Hlaing, mit dem Staatsstreich auch die Wirtschaftsinteressen seiner Familie wie die des Militärs insgesamt schützen wollte.

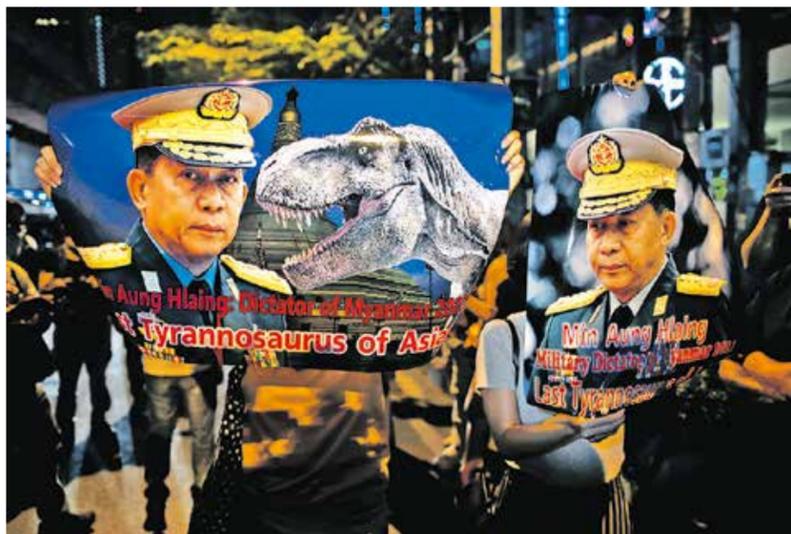
Auf den Putsch von 1988 folgten im Rahmen der Abkehr vom Sozialismus Privatisierungen, bei denen das Militär ein Wirtschaftsimperium aufbauen konnte. Heute sind die Generäle eine Macht im Sektor von Banken, Rohstoffen, Stahlwerken, Transport, Lebensmitteln, Getränken, Unterhaltung, Mobilfunk, Gesundheitsversorgung, Bauwirtschaft, Tourismus, Immobilien und Medien, wie eine Liste der Aktivistengruppe Justice for Myanmar zeigt.

Die Firmen des Militärs einschließlich des Sohnes und der Töchter von General Min Aung Hlaing sind an vielen Joint Ventures beteiligt, wie etwa der Mobilfunkbetreiber MyTel mit dem vietnamesischen Viettel-Konzern (der dem Verteidigungsministerium in Hanoi gehört), das Pullmann Mandalay Hotel mit der französischen Hotelgruppe Accor, der japanische Bierkonzern Kirin mit der Myanmar-Brauerei und viele andere. Die 1990 vom Militär gegründete Holding MEHL (Myan-

mar Economic Holding Ltd.) und der 1997 gegründete Konzern MEC (Myanmar Economic Corporation) sind in fast jedem Wirtschaftssektor die mächtigsten Firmen. Zusammen kontrollieren sie mindestens 135 Unternehmen von Banken zur Zigarettenfabrik, von Fernsehseendern bis Versicherungen, von Ladenketten bis hin zu Stahlfirmen und dem Edelsteinhandel.

Beide Holdings gehören je zur Hälfte dem Militär und zur anderen Hälfte aktiven wie früheren Kommandeuren. MEHL und MEC bieten den Streitkräften so eine finanzielle Basis, die sie unabhängig vom Staatshaushalt und damit von ziviler Kontrolle macht. Nähere Details nennt das Militär denn auch nicht. Laut Amnesty International brachte allein MEHL von 1991 bis 2011 seinen Eignern rund 18 Milliarden US-Dollar ein.

Doch am 5. Februar erklärte überraschend der japanische Brauereikonzern Kirin, der zur Mitsubishi-Gruppe gehört und die Nr. 2 in Japan ist, seine Anteile an der Myanmar Brewery und der Mandalay Brewery zu verkaufen. Seit 2015 gehören Kirin 55 Prozent der beiden Brauereien. Den Ausstieg begründete Kirin jetzt explizit mit dem Putsch. Bisher hatte Kirin trotz Kampagnen von Menschenrechtlern an seinen Beteiligungen in Myanmar festgehalten, obwohl UN-Ermittler Myanmars Militär des Völkermords an den Rohingya beschuldigen.



Putschgeneral Min Aung Hlaing als Dinosaurier auf einem Protestplakat  
Foto: Jorge Silva/reuters

„Kirin ist der erste Konzern nach dem Putsch, der einen Rückzug von seinen Geschäften mit dem Militär verkündet hat, und er verdient dafür Lob“, sagt Mark Farmaner von der Burma Campaign UK. „Alle internationalen Firmen, die mit Myanmars Armee Geschäfte machen, sollten diesem Beispiel folgen.“ Ein Wirtschaftsjournalist in Yangon sagt: „Die Firmen des Militärs sind überall, sein Geld kommt aus diesen Firmen, die deshalb protegiert werden, nicht nur von General Min Aung Hlaing, sondern vom gesamten Offizierskorps.“

Auf der Liste der Burma Campaign UK sind auch Firmen wie der indische Tata-Konzern, der Truppentransporter und Geländewagen an Myanmars Militär lieferte. Und Facebook, das zwar Putschführer Min Aung Hlaing wegen Hasspostings gegen Rohingya von seinen Servern verbannte, dient noch 25 Firmen und Abteilungen des Militärs wie etwa der Luftwaffe als Plattform.

## Myanmar in Zahlen

Die Republik der Union Myanmar besteht aus 7 Staaten (ethnischer Minderheiten), 7 Regionen und der 2005 eingeweihten Hauptstadt Naypyidaw als Unionsterritorium.  
**Einwohner:** 57 Millionen  
**Militär:** 380.000 (geschätzt)  
**Bevölkerung:** 135 Ethnien: Birmanen (68 Prozent), Shan (9), Karen (7), Rakhine (3,5), Chinesen (3), Inder (2)  
**Religion:** Buddhisten (88 Prozent), Christen (6), Muslime (4)  
**Lebenserwartung:** 69,6 Jahre  
**Alphabetisierung:** 75,5 (rückläufig)  
**Pro-Kopf-BSP:** 5.142 Dollar  
**Armutsrate:** 25,6 Prozent  
**Exporte:** China (36,5 Prozent), Thailand (21,8), Japan (6,6), Singapur (6,4), Indien (5,9): Gas, Holz, Fisch, Reis, Kleidung, Edelsteine  
**Importe:** China (31,4 Prozent), Singapur (15), Thailand (11,1), Saudi-Arabien (7,5): Stoffe, Ölprodukte, Dünger, Maschinen, Fahrzeuge

# Die Vehik parlamentar

Mit der NLD und der USDP K zwei politische Parteien, die

Von Ei Ei Toe Lwin

Die Nationale Liga für Demokratie (NLD) und die Unionspartei für Solidarität und Entwicklung (USDP) sind Myanmars größte politische Parteien. Die NLD ist wegen ihrer Vorsitzenden Aung San Suu Kyi sehr beliebt und in den Gebieten der Mehrheit ethnischer Birmanen auch sehr mächtig. Weil aber die Friedensgespräche mit den bewaffneten Gruppen der ethnischen Minderheiten in den meisten ihrer Regionen gescheitert sind, es dort viele Flüchtlinge gibt und diese Gebiete kaum entwickelt sind, sind die Minderheiten inzwischen von der NLD enttäuscht.

Trotzdem gewann die NLD bei den Wahlen am 8. November 2020 auch in den Minderheitengebieten mehr Sitze als bei den letzten Wahlen 2015. Besonders im Chin-Staat, der ärmsten Region des Landes, bekam die NLD die Mehrheit der Stimmen der Chin. Denn der NLD-Kandidat dort war ein anerkannter Chin-Arzt und während des Wahlkampfs war dort ein Flughafen eröffnet worden.

Von der USDP weiß jeder, dass sie vom Militär getragen wird. Sie wählt deshalb niemand, der eine Militärherrschaft ablehnt. Generälen in ziviler Kleidung wird nicht vertraut. Die Mitglieder der USDP sind nationalistische und extrem patriotische Birmanen, die auf

# Witzig, respektlos, selbstbewusst und technikaffin

Die junge Generation Z wehrt sich mit kreativen Mitteln gegen die Machtübernahme des verabscheuten Militärs

Von **Nyein Ei Ei Htwe**

„Unser Baby soll unter keiner Militärregierung aufwachsen.“ Mit diesem Spruch auf einem Schild demonstriert ein Hochzeitspaar vor dem Büro der Vereinten Nationen und anderen diplomatischen Vertretungen in Yangon. Das Paar ist Teil der Generation Z, wie junge Menschen in Myanmar genannt werden, die in den 90er und frühen 00er Jahren geboren wurden. Ihre Botschaft an das Militär lautet: „Ihr legt euch mit der falschen Generation an.“ Mit Witz, Respektlosigkeit und Selbstbewusstsein, aber auch mit ihrem bunten Outfit unterscheidet sich die Generation Z von den sogenannten 88ern, also denjenigen, die 1988 und danach gegen die erneute Militärrherrschaft protestiert haben.

Außer in Hochzeits- und Ballkleidern demonstrieren Angehörige der Generation Z in den beiden Großstädten Yangon und Mandalay auch als Spidermen, in Bikinis oder als Bodybuilder mit bloßen Sixpacks. Auch gibt es Rap, choreografierte Tanzeinlagen oder Breakdance. Vor allem aber beherrscht die Generation Z das Internet und postet ständig alles auf Facebook und Twitter. So wird etwa unter dem Hashtag #WhatsHappeningInMyanmar über die Repression und den Widerstand informiert.

„Wird das Internet wieder gesperrt, nutzen wir SIM-Karten aus Nachbarländern“, sagt Saw War Ti, ein junger Mann aus der Volksgruppe der Karen. „Wenn das auch nicht mehr hilft, gehen wir so lange auf die Straße, bis uns das Ausland unterstützt.“ Er trägt einen kurzen Wickelrock, dazu ein Schild mit der

Aufschrift: „Militärherrschaft ist für'n Arsch.“

Der 23-jährige gehört zu einer Gruppe, die vor der Polizeisperre am Rathaus im Zentrum von Yangon gegen das Militär tanzt. Die Gruppe attraktiver junger Männer trägt traditionelle schwarze Kostüme, dazu Schilder wie „Weg mit dem Militärputsch“ oder „Unterstützt zivilen Ungehorsam“. Laut Saw Ar Ti legt es die Gruppe darauf an, mit ihrer Performance Medien auf sich aufmerksam zu machen. Man wolle schließlich gehört werden. „Ich habe eigentlich keine Ahnung von Politik“, räumt er ein, „aber dass die von uns gewählte Regierung einfach abgesetzt wurde, kann ich auch als Tänzer nicht akzeptieren.“

„Wichtig ist, dass wir uns international Gehör verschaffen und so Unterstützung bekommen“, sagt der 24-jährige Win Kyaw Phyo, der die Gruppe leitet. Er ist Rechtsanwalt, aber zur Gruppe gehören auch Designer und Models. Seiner Meinung nach unterscheidet sich die junge Generation in ihrem Denken von der älteren, aber auch dadurch, dass sie sich bisher nicht in gewaltsame Kämpfe mit Soldaten entwickeln lasse. „Wir sind keine ‚Terroristen‘, sondern nur Bürger, die Gerechtigkeit wollen. Wir wollen nicht in einer so dunklen Zeit leben wie unsere Eltern. Wir brauchen Demokratie und wollen unsere Führerin Mutter Suu [Aung San Suu Kyi] zurück.“

An einem anderen Tag demonstrieren sieben geschminkte Paare in ihren Hochzeitskleidern vor Chinas Botschaft gegen Pekings Unterstützung für Myanmars Militär. „Wir haben alle in letzter Zeit geheiratet. Wegen der Coronapandemie konn-

ten wir schon unsere Hochzeiten nicht feiern, auch läuft es beruflich schlecht“, sagt Ma Ei, eine 27-jährige Lehrerin einer Privatschule. „Von diesem Jahr hatten wir uns eine Verbesserung erwartet und wollten Versäumtes nachholen. Aber jetzt fühlen wir uns vom Militär betrogen.“

Ko Thi Ha arbeitet in Japan für eine Technologiefirma und schickt japanische SIM-Karten an Freunde in der Heimat, damit sie weiter Nachrichten und Bilder in die Welt schicken können. „Ich fürchte, dass die fantasievollen Aktionen, mit denen die Demonstrant:innen in Myanmar

international Aufmerksamkeit erregen, bald ihre Wirkung verlieren“, sagt er. „Immerhin spricht die junge Generation Englisch und kann sich international mitteilen.“

Der Taxifahrer Kyi Soe, der an den Protesten 1988 beteiligt war, ist sehr stolz auf die junge Generation und ihre fantasievollen Proteste. Auch wenn er nicht mitdemonstrieren kann, versucht er die jungen Menschen zu unterstützen, in dem er sie manchmal kostenlos zu ihren Protesten fährt. Sein Taxi trägt einen roten Aufkleber „Freiheit für Aung San Suu Kyi und Präsident Win Myint“.

„Damals hatten wir kaum Zugang zu Informationen“, erinnert sich Kyi Soe. „Die junge Generation hat heute eine ganz andere Sprache, Technologie und Ideen. Die Jungen dehnen ihre Aktionen auf die ganze Stadt aus und vermeiden die direkte Konfrontation mit dem Militär. Stattdessen beherrschen sie perfekt das Internet.“

Der Widerstand auf der Straße vereint Studierende verschiedener Fächer, IT-Experten, Künstler:innen, aber eben auch Punks und Tänzer:innen. Gemeinsam sind sie jung und gegen die Militärdiktatur.



Paare demonstrieren mit kessen Sprüchen gegen die Militärrherrschaft Foto: reuters

## „Die meisten Menschen lieben sie“

Die durch den Putsch gestürzte faktische Regierungschefin, die 75-jährige Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, ist trotz mancher Misserfolge in der Bevölkerung immer noch sehr populär

Von **Sithu Aung Myint**

Unter der von Aung San Suu Kyi von 2016 bis 2021 geleiteten Regierung hat es bemerkenswerte Veränderungen gegeben. Besonders erfolgreich war ihr Bemühen, eine saubere und ehrliche Führung zu schaffen. Damit unterschied sie sich grundsätzlich von den vorausgegangenen Militärrégierungen (und Quasimilitärrégierungen), unter denen die Korruption tief verwurzelt war.

Alle früheren Machthaber hatten sich darauf konzentriert, sich selbst, ihre Verwandten und ihre Geschäftsfreunde zu bereichern. Aung San Suu Kyis Verwaltung hingegen ließ staatliche Projekte für Dienstleistungen und Bauvorhaben öffentlich ausschreiben. Unter ihrer Füh-

rung wurden sogar Regierungsmitglieder und Beamte, die sich bestechen ließen, zur Rechenschaft gezogen.

Wir müssen allerdings auch Misserfolge verzeichnen. Aung San Suu Kyi ist es nicht gelungen, den Friedensprozess zwischen Regierung, Militär und den zahlreichen ethnischen bewaffneten Gruppen voranzutreiben. Nur zwei der bewaffneten Gruppen haben in den fünf Jahren den nationalen Waffenstillstand unterzeichnet. Die Ursachen sind vielfältig: Das Militär zeigte sich ebenso wie die Vertreter einiger ethnischer Gruppen kompromisslos – und das von der Friedensnobelpreisträgerin bestellte Verhandlungsteam erwies sich als unfähig, die Differenzen zu überbrücken.

Die Krise um die muslimischen Rohingyas war ein weiterer bemerkenswerter Misserfolg. Dabei hatte Aung San Suu Kyi kurz nach ihrem Amtsantritt den ehemaligen UNO-Generalsekretär Kofi Annan zum Chef einer Kommission berufen, um die Lage im Rakhine-Staat zu untersuchen. Sie sollte Vorschläge machen, wie der Konflikt zwischen Rohingya und buddhistischen Bewohnern der Region zu lösen sei – und tat dies auch. Doch am 10. Oktober 2016, dem Tag der Vorstellung des Kofi-Annan-Reports, griff die Arakan Rohingya Salvation Army (Arsa) zwei Polizeiposten an. Im Jahr darauf schlug sie erneut zu. Das Militär reagierte mit brutalen Angriffen auf die Rohingya, die zu Hunderttausenden nach Bangladesch flohen.

Aung San Suu Kyi wurde international und von Menschenrechtsgruppen heftig kritisiert, weil sie zu den Attacken des Militärs schwieg. Das war die größte Herausforderung für die Frau, die als Ikone der Demokratie den Friedensnobelpreis erhalten hatte. Doch hätte sie ihre Stimme gegen das Militär erhoben, wäre sie wohl schon damals weggeputscht worden. Die Armee suchte stets nach Gründen, an die uneingeschränkte Macht zurückzukehren.

Die internationale Gemeinschaft fragt sich: „Warum ist Aung San Suu Kyi bei ihren Leuten noch so populär? Wa-

rum setzen viele Menschen Hoffnungen auf sie, obwohl sie ihre Freunde aus aller Welt, die während ihres Hausarrests eiserne zu ihr hielten, enttäuscht hat?“ Die meisten Menschen in Myanmar unterstützen und lieben sie, weil sie vor dem Internationalen Gerichtshof in Den

**Aung San Suu Kyi gewann auch Anerkennung für den Umgang mit der Coronapandemie**

Haag zu ihrem Land gestanden hat. Deshalb halten die Bürger:innen sie für mutig, klug und verantwortungsvoll.

Ein weiterer Grund ihrer Beliebtheit ist die Art, wie ihre Regierung die Coronapandemie in dem Land mit einem traditionell schwachen Gesundheitssystem bekämpft hat. Aung San Suu Kyi ermutigte ihre Landsleute, gemeinsam die Pandemie zu bewältigen, appellierte an den Bürgersinn, rief zu Spendenaktionen und Masken-Näh-Wettbewerben auf und spornte dazu an, freiwillig in Krankenhäusern mitzuhelfen. Deshalb gewann ihre NLD im November 2020 mit einem Erdrutschsieg. Dass die Menschen nun vehement fordern, sie freizulassen, beweist ihre ungebrochene Popularität in Myanmar.



Ihr Markenzeichen ist eine Blume im zusammengesteckten Haar: Aung San Suu Kyi im Jahr 2018 Foto: Kham/dpa

## Wettbewerb um die Kontrolle über die politische Macht

konkurrieren auf nationaler Ebene und sich in vielem nicht unähnlich sind

nationalistische und fundamentalistische-buddhistische Weise zu mobilisieren versuchen. Da die USDP-Führer Ex-Militärs und keine wirklichen Politiker sind, überzeugen sie wenig. Bei den letzten Wahlen war die USPD zwar die Hauptkonkurrentin der NLD bei den Birmanen, aber nicht in den Gebieten der Minderheiten, die ihre eigenen Parteien haben.

Offiziell treten beide große Parteien für Demokratie, Frieden und wirtschaftliche Entwicklung ein. In der Praxis tun sie jedoch wenig dafür und haben auch wenig Konkretes erreicht. Die NLD hängt zu sehr von ihrer Führerin ab. So hat die inzwischen 75-jährige Aung San Suu Kyi bisher weder einen Nachfolger aufgebaut noch die parteiinterne Demokratie gestärkt. Umgekehrt ist USDP zu sehr vom Militär abhängig. Und im Wahlkampf haben beide Parteien ihr Programm und ihre Politik kaum vermittelt. Die NLD betonte nur, gegen eine Rückkehr zur Militärrherrschaft zu sein. Die USPD versprach, Nationalismus und Buddhismus stärken zu wollen.

Finanziell ist die USDP der NLD überlegen, weil sie vom finanzstarken Militär unterstützt wird und ihre Führer als frühere Generäle Geld von den Firmen des Militärs bekommen. Offiziell gilt die USDP zudem als Sozialorganisation des Militärs und bekommt deshalb

auch noch staatliche Mittel. Berichten zufolge wird bei USDP-Veranstaltungen die Teilnahme bezahlt.

Im Gegensatz dazu ist die NLD auf ihre Mitglieder und Unterstützer angewiesen. An NLD-Events und Kampagnen nehmen die Menschen freiwillig und ohne Bezahlung teil. Doch bekommt die NLD seit 2015 auch Großspenden aus der Geschäftswelt. So konnte sie vor den Wahlen 2020 auch in abgelegenen Regionen Parteibüros eröffnen.

Beide Parteien machen keine genauen Angaben über ihre Mitgliederzahl. Die USDP spricht gegenüber der Zeitung *Frontier* nur von „Millionen“, nennt aber keine Details. Auch die NLD spricht von „Millionen“, ergänzt aber, dass eine Million Personen pro Monat 1.000 Kyat (58 Cent) als Beitrag zahlen. Laut der durch den Putsch abgesetzten Wahlkommission erhielt die NLD bei den Parlamentswahlen im November 61,6 Prozent der Stimmen im Oberhaus und 58,6 Prozent im Unterhaus, die USDP 3,1 und 5,9 Prozent. Nach dem Mehrheitswahlrecht ergab dies in beiden Häusern zusammen 396 Sitze der insgesamt 476 für die NLD und 33 für die USDP. Die USDP und das Militär erkennen die Wahlen nicht an. Das Militär besetzt weitere 166 Sitze ohne Wahl und hat damit laut der von ihm selbst geschriebenen Verfassung eine Sperrminorität.

Ein Soldat bemerkt am 15. Februar in Yangon, dass sein Panzer eine Protestspure trägt Foto: reuters

# Regionale Interessen, strategische Projekte

Myanmars Generäle werden Peking teuer für die internationale Rückendeckung bezahlen müssen

Von **Hein Tun Zhar**

Mit dem Militärputsch vom 1. Februar hat in Myanmar der zehnjährige Übergang zu einem demokratischeren föderalen System ein abruptes Ende gefunden. Die US-Regierung unter dem neuen Präsidenten Joe Biden hat inzwischen Sanktionen gegen die Anführer des Coups verhängt. Sie hat unter anderem rund 1 Milliarde Dollar an birmesischen Regierungsgeldern auf US-Konten eingefroren. Auch die EU hat Aktionen angekündigt, wobei den Europäern bewusst ist, dass Sanktionen die normale Bevölkerung stärker treffen als die Generäle.

China hingegen, das schon immer auf der Seite des birmesischen Militärs stand, profitiert enorm von den Ereignissen im Nachbarland. Es gehört zu den bitteren Wahrheiten, dass keine Regierung Myanmars irgendeine politische Entscheidung zu fällen wagt, ohne zuvor China zu informieren. Der Besuch des chinesischen Außenministers Wang Yi in Myanmar kurz vor dem Putsch deutet stark darauf hin, dass Peking Bescheid wusste und den Plan des Militärs unterstützt hat.

Dafür werden die Militärs teuer bezahlen müssen – sogar noch mehr als in der Vergangenheit. In den letzten zehn Jahren kam es mehrfach zu Spannungen zwischen Naypyidaw und Peking. So griff Myanmars Armee zum Beispiel bewaffnete ethnische Gruppen im Grenzgebiet an, die von China politisch – und wohl auch mit Waffen – unterstützt wurden. Zudem haben Myanmars Militärs zuletzt nicht mehr ganz so eifrig Rüs-

tungsgüter von den Chinesen gekauft, sondern vielmehr neue Lieferanten in Serbien, Israel, Pakistan und Indien gefunden. Die Chinesen waren darüber nicht amüsiert. Also wird Pekings Preis für die Unterstützung der Putschgeneräle nun höher ausfallen.

Darüber hinaus dürfte Peking es fortan leichter haben, seine strategischen Projekte, Stichwort Neue Seidenstraße, voranzutreiben: Tiefseehäfen an Myanmars Küste am Golf von Bengalen, Eisenbahnlinien von Südmyanmar in die chinesische Provinz Yunnan und womöglich auch den

## Myanmars demokratische Kräfte können nicht viel von den Regierungen der Nachbarländer erwarten

Weiterbau des riesigen – und heftig umstrittenen – Myitsone-Staudamms am Irrawaddy in Myanmars nördlichem Bundesstaat Kachin.

Was die demokratischen Kräfte Myanmars nun von der Welt erwarten: Die internationale Gemeinschaft sollte das Repräsentativkomitee der Abgeordneten der beiden Parlamentskammern (CRPH) anerkennen, die im November 2020 gewählt worden waren und die sich nach dem Putsch in diesem Gremium zusammengefunden haben. Für diese gewählten Abgeordneten sind der verhaftete Präsident Win Myint und

die Staatsrätin Aung San Suu Kyi die einzigen rechtmäßigen Vertreter des Landes. Internationale Regierungen und Organisationen sollten den Wunsch der Bürger:innen Myanmars achten.

Die Menschen hier wissen, dass Wirtschaftssanktionen gegen die Generäle vor allem die Bevölkerung selbst treffen werden. Aber einige Maßnahmen könnten doch helfen: Wenn etwa Personen mit engen Verbindungen zum Militär ausgewiesen und die Bankkonten von Armeemitgliedern und ihren Geschäftsfreunden geblockt werden. Als nächstes erwarten die Birmesen von der internationalen Gemeinschaft, die Generäle vor internationale Gerichte zu stellen.

Japan, das seit dem Zweiten Weltkrieg stark mit Myanmars Militärs verbunden ist, kommt eine wichtige Rolle zu. So könnte Tokio womöglich versuchen, die Generäle und Aung San Suu Kyi an einen Tisch zu bringen, auch wenn die Chancen gering sind. Die Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten (Asean) ist nicht mehr vertrauenswürdig, da die meisten ihrer Mitgliedstaaten inzwischen von Halbdiktatoren und politischen Mafiosi gelenkt werden. Dabei dürften Thailands regierende Generäle ihre Kollegen im benachbarten Myanmar stützen. Kurz: Die demokratischen Kräfte können nicht viel von den amtierenden Regierungen der asiatischen Nachbarländer erwarten, außer vielleicht moralische Unterstützung von Indien.

Der Westen sollte also versuchen, China davon abzubringen, die Generäle zu stützen, und Asean sowie Japan überzeugen, sich richtig zu verhalten.



Demonstration vor der chinesischen Botschaft in Yangon gegen Pekings Unterstützung der neuen Militärregierung Foto: Stringer/reuters

### Myanmar in Daten

- 19. 7. 1947: Ermordung von General Aung San, dem Führer der Unabhängigkeitsbewegung und Vater von Aung San Suu Kyi
- 4. 1. 1948: Unabhängigkeit Birmas (engl. Burma) von Großbritannien
- März 1948: Karen und Kommunisten beginnen Aufstand
- 2. 3. 1962: Militärputsch unter Ne Win, später Massaker an Studierenden. Beginn des „eigenständigen Wegs zum Sozialismus“. Verstaatlichung von Firmen, Vertreibung indischstämmiger Birmesen, Krieg gegen ethnische Minderheiten und Selbstisolation des Landes
- März 1988: Massenproteste beginnen befeuert von Wirtschaftskrise
- Juli/August 1988: Rücktritt von Diktator Ne Win, brutale Militäreinsätze gegen Proteste
- 18. 9. 1988: Militärputsch mit circa 5.000 Toten. Abkehr vom Sozialismus, Militär benennt das Land in Myanmar um
- 27. 5. 1990: Nationale Liga für Demokratie (NLD) von Aung San Suu Kyi gewinnt Wahlen mit knapp 60 Prozent der Stimmen und 80 Prozent der Sitze. Militär gibt Macht aber nicht ab. Tausende politische Gefangene, Folter und Zwangsarbeit sind gängig. Aung San Suu Kyi, die 1991 den Friedensnobelpreis erhält, verbringt die nächsten rund 15 Jahre in Haft oder Hausarrest. Wirtschaftssanktionen westlicher Länder
- Mai 2008: Zyklon Nargis zerstört das Irrawaddydelta, mindestens 84.500 Tote, Hunderttausende Obdachlose, Junta behindert internationale Hilfe, lässt aber per Referendum Verfassung absegnen, die Militär Hoheit über die Politik sichert.
- 10. 11. 2010: Militärpartei USDP gewinnt von der NLD boykottierte Wahlen, leitet aber Reformen ein und lässt Aung San Suu Kyi frei
- 8. 11. 2015: NLD gewinnt die ersten freien Wahlen deutlich. Aung San Suu Kyi darf laut Verfassung nicht Präsidentin sein und wird faktische Regierungschefin
- 8. 11. 2020: Bei den Parlamentswahlen gewinnt die NLD nach dem Mehrheitswahlrecht rund 80 Prozent der Sitze, Debakel für militärnahe USDP
- 1. 2. 2021: Anfangs unblutiger Militärputsch geführt von Armeechef Min Aung Hlaing vor geplanter Parlamentsöffnung. Festnahme von Aung San Suu Kyi und Präsident Win Myint. Ab 2. 2. Massenproteste. (han)

## Mit Aktionen, Informationen und Projekten

Auch in Deutschland gibt es Möglichkeiten, sich gegen den Putsch in Myanmar zu engagieren

Von **Sven Hansen**

„Aung Kyaw Moe, go home, go home!“ rufen 30 Demonstrant:innen vor einer Villa an der Berliner Clayallee im Bezirk Steglitz-Zehlendorf. Dazu schlagen sie auf Töpfe wie bei den Protesten, die seit dem Putsch in Myanmars größter Stadt Yangon allabendlich um 20 Uhr für Lärm sorgen. In der Villa, die noch ein deutsches Firmenschild trägt und nicht als diplomatische Adresse zu erkennen ist, hat Myanmars Militärattaché Aung Kyaw Moe seinen Wohn- und Dienstsitz. Nach den Recherchen der Organisator:innen des Protests residiert der Brigadegene-

ral hier mit sechs weiteren Soldaten aus Myanmar.

Einer von ihnen fotografiert die Demonstrant:innen vor dem Haus mit einem Teleobjektiv erst aus einem Fenster, dann aus der Dachluke heraus. Die Demonstrant:innen, je zur Hälfte Birmesen und Deutsche, sind wegen ihrer Masken gegen Corona und der Mützen gegen die Kälte ohnehin kaum zu identifizieren. Sie filmen mit ihren Handys zurück. Mit Abstand schaut eine Handvoll Polizisten zu, von denen der eine mit den Ohrenstöpseln besonders entspannt wirkt.

Es ist bereits die zweite friedliche Protestaktion in Berlin seit dem

Putsch vom 1. Februar in Myanmar. Eine Woche zuvor hatten 150 Menschen vor dem Auswärtigen Amt in Mitte gegen die Machtübernahme der Militärs in Myanmar demonstriert. Unmittelbar nach dem Coup d'Etat gründeten ehemalige Mitarbeiter des zivilen Friedensdienstes bei Facebook eine Gruppe namens „German Solidarity with Myanmar Democracy“. Sie haben sich inzwischen mit in Deutschland lebenden birmesischen Studierenden vernetzt.

Die Facebookgruppe wuchs innerhalb von zwei Wochen auf 290 Mitglieder an, tauscht tägliche Informationen aus und plant Aktionen wie etwa eine Briefkampagne an Bundestagsabgeordnete, in der die Ausweisung des Militärattachés gefordert wird. Trotz jahrzehntelanger Diktatur ist Myanmar kein Land der klassischen Solidaritätsarbeit in Südostasien wie etwa die Philippinen, wo dies durch kirchliche Verbindungen entstand. Die birmesische Diaspora verstand es zudem schon nach dem letzten Putsch 1988, mit ihren notorischen Fraktionskämpfen und gegenseit-

gem Misstrauen manch wohlmeinende Deutsche zu verprellen.

Die Burma-Initiative der Stiftung Asienhaus ([www.asienhaus.de/burma](http://www.asienhaus.de/burma)) in Köln konzentriert sich auf Informationsvermittlung und eine kritische Begleitung der deutschen und europäischen Politik gegenüber dem Land. Schon seit dem Jahr 2000 für ein ganz konkretes Projekt engagiert sich der Förderverein Myanmar ([www.help-myanmar.net](http://www.help-myanmar.net)) in Saarbrücken. Er unterstützt mit seinen 500 Mitgliedern in Mandalay eine buddhistische Klosterschule. Sie bietet Kindern aus benachteiligten Schichten Bildungsmöglichkeiten von der Kita bis zum Abi und ist mittlerweile sogar die größte Schule des Landes. Sie ist offen für Kinder anderer Religionen und mit ihrer Betonung von Aufklärung, Pluralismus und modernen Lehrmethoden inzwischen eine Modellschule. Es verwundert deshalb nicht, dass sich auch Schüler:innen dieser Klosterschule an den Protesten gegen die Militärherrschaft beteiligen, wie der deutsche Förderverein auf seiner Webseite berichtet.

### Impressum

Redaktion: Sven Hansen  
Mitarbeit: Andreas Lorenz  
Layout: Nadine Fischer

Die Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

taz panterstiftung



Die taz Akademie fördert junge kritische JournalistInnen im In- und Ausland.

Spenden Sie jetzt für unsere geplanten Projekte in 2021

taz Panter Stiftung  
GLS-Bank Bochum  
BIC GENODEM1GLS  
IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00  
[www.taz.de/spenden](http://www.taz.de/spenden)  
Ihre Zuwendungen an die gemeinnützige taz Panter Stiftung sind steuerlich absetzbar

